



OSTALBKREIS

Landratsamt Ostalbkreis · 73506 Schwäbisch Gmünd

## LANDRATSAMT

Sicherheit und Ordnung  
Einbürgerung

Kontakt  
einbuengerung@ostalbkreis«ma\_zustae-  
dig\_email»

Zimmer «ma\_zustaendig\_zimmer»  
Telefon  
Telefax

Unser Zeichen VII/70 102.14  
Ihr Zeichen  
Ihr Schreiben vom

Schwäbisch Gmünd,

### Einbürgerung

Sehr geehrte Dame, sehr geehrter Herr,

Sie möchten die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erwerben.

Bitte füllen Sie den beigefügten Einbürgerungsantrag **vollständig** aus und unterschreiben diesen bei Nr. 14.

Lesen Sie sich alle beigefügten Merkblätter durch und **unterschreiben die Erklärung**.

Im Anschluss ist Ihr ausgefüllter und unterschriebener Antrag zur Einbürgerung dem Bürgerbüro in Ihrem Rathaus vorzulegen und dort unterschreiben zu lassen (siehe Nr. 15).

Die im Merkblatt mit  geforderten Unterlagen legen Sie bitte vollständig **als Kopie** bei. Bitte verzichten Sie dabei auf jegliche Heftklammern und der Umwelt zuliebe auf Plastikfolien.

Sie können Ihren Einbürgerungsantrag mit der unterschriebenen Erklärung, der Bestätigung Ihres Bürgerbüros und allen notwendigen Unterlagen als Kopie per Post an uns senden oder die Briefkästen am Landratsamt nutzen.

Wir bitten von persönlichen Abgaben auf Grund des hohen Arbeitsaufkommens abzusehen.

Die Kontaktdaten, Sprechzeiten und alle notwendigen Informationen **inklusive dem Einbürgerungsantrag zum Ausdrucken** finden Sie auch auf [www.ostalbkreis.de](http://www.ostalbkreis.de).

Nutzen Sie hierfür auch gerne unseren QR-Code:

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Einbürgerungsteam



Dienstgebäude  
Oberbettringer Straße 166  
73525 Schwäbisch Gmünd  
Telefon 07361 503-0

Postanschrift  
73428 Aalen  
info@ostalbkreis.de  
www.ostalbkreis.de

Kreissparkasse Ostalb  
IBAN: DE52 6145 0050 0110 0003 47  
SWIFT-BIC: OASPDE6A  
Gläubiger-ID: DE 63 OAK 0000 000 2036

Informationen  
zur Verarbeitung Ihrer  
personenbezogener Daten:  
[www.dsgvo.ostalbkreis.de](http://www.dsgvo.ostalbkreis.de)

Notwendige Unterlagen im Einbürgerungsverfahren:

Im Einzelfall können zusätzliche und hier nicht aufgelistete Unterlagen für Ihre Einbürgerung notwendig werden. Falls notwendig, erhalten Sie dann entsprechende Informationen.

Bei Unsicherheiten stehen wir für Fragen zur Verfügung.

### **Identitäts- und Personenstandsunterlagen**

Reisepass oder Personalausweis aller Nationalitäten

Aufenthaltserlaubnis

aktuelles Passfoto

Geburtsurkunde

Heiratsurkunde (auch von Vorehen) - sofern zutreffend

Scheidungsurteile - sofern zutreffend

Geburtsurkunden der Kinder - sofern zutreffend

Sterbeurkunden von früheren Ehegatten - sofern zutreffend

Namensänderungsurkunden - sofern zutreffend

Einbürgerungsurkunden aus früheren Verfahren oder anderen Nationen - sofern zutreffend

Registrierschein/Aufnahmebescheid - sofern zutreffend

Spätaussiedlerbescheinigung/Vertriebenenausweis - sofern zutreffend

Sorgerechtsunterlagen für Kinder/Pflegekinder - sofern zutreffend

Hinweise zu den Personenstandsurkunden:

notwendig ist die fremdsprachige Urkunde

eine Übersetzung, wenn nicht international ausgestellt

die Übersetzung muss von einem im Inland vereidigten Urkundenübersetzer stammen

### **Internationaler Urkundenverkehr:**

Grundsätzliche Hinweise zum Urkundenverkehr finden Sie auf der Homepage des Auswärtigen Amtes

→ [https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/konsularinfo/internationaler-urkundenverkehr#content\\_1](https://www.auswaertiges-amt.de/de/service/konsularinfo/internationaler-urkundenverkehr#content_1)

**deutsche Urkunden:**

keine weiteren Bestätigungen

**Urkunden aus dem EU-Ausland:**

keine weiteren Bestätigungen

**Urkunden aus „Apostille-Ländern“:**

Die Anbringung einer Apostille auf die Urkunde ist notwendig, wenn es sich um eine Urkunde aus einem Land aus der verlinkten Liste handelt → <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2096892/4a88ae2ce4f0728f1f18c05ecbe9f5b9/liste-haager-apostille-data.pdf>

**Übrige Länder:**

Eine Legalisation der Urkunde durch die deutsche Auslandsvertretung ist notwendig, wenn die Urkunden aus Ländern stammen, für die weder EU-Regelungen, das Apostilleabkommen, noch sonstige internationale Abkommen gelten.

Urkunden aus Ländern, in denen eine Legalisation nicht möglich ist, werden im Rahmen der Amtshilfe durch die deutschen Auslandsvertretungen überprüft. Eine Liste der betroffenen Länder finden Sie hier: <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2096894/00bb00a1aabae98578d6eff1b6d89017/liste-urkundeneueberpfuefung-data.pdf>

**Belege Integration:****Sprache:**

Sprachtest Niveau B1 oder höher - die Sprachprüfung können Sie unter Anderem über die örtlichen Volkshochschulen, die Integrationskurse anbieten - s. weitere Links - absolvieren oder Sie suchen ein anderes Sprachinstitut aus, das eine TELC-Zertifizierung besitzt

Ersatznachweise unter Anderem:

Schulabschlusszeugnis einer deutschen allgemeinbildenden Schule - Hauptschule oder höher

deutsche Berufsausbildung abgeschlossen - Berufsschulabschlusszeugnis und Gesellenbrief IHK/HWK/etc.

Abschluss deutschsprachiges Studium

4 Jahre Versetzungszeugnisse deutschsprachiger Schulen

**Belege zu „Grundkenntnissen der staatlichen Ordnung in Deutschland“:**

Einbürgerungstest ODER Test „Leben in Deutschland“- diese Prüfung können Sie über die örtlichen Volkshochschulen, die Integrationskurse anbieten, absolvieren, s. weitere Links

Ersatznachweise unter Anderem:

Schulabschlusszeugnis einer deutschen allgemeinbildenden Schule - Hauptschule oder höher  
deutsche Berufsausbildung abgeschlossen - Berufsschulabschlusszeugnis und Gesellenbrief oder Abschlusszeugnis IHK/HWK/etc.

**Integrationskurs:**

Zertifikat über bestandenen Integrationskurs

**Schüler unter 16 Jahren:**

Schulbescheinigung

Versetzungszeugnisse der letzten 4 Jahre

**Kindergartenkinder:**

Stellungnahme der Kindertagesstätte zur Sprachentwicklung der deutschen Sprache der Kinder

**Unterlagen zum Einkommen**

**immer notwendig:**

Nachweis über Kranken- und Pflegeversicherungsschutz

Mietvertrag oder Kaufvertrag von bewohnter Immobilie

**Arbeitnehmer/Beschäftigte:**

Verdienstbescheinigung

letzte 3 Lohnabrechnungen

Rentenversicherungsverlauf und Renteninformation von Deutscher Rentenversicherung -  
Tel.: 07361 9684-0

**Selbstständige/freiberuflich Tätige:**

Gewerbeanmeldung

Einnahme-Überschussrechnungen der letzten 2 Jahre oder Bilanzen mit Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten 2 Jahre

Einkommensteuerbescheide der letzten 2 Jahre

Unterlagen zur Alterssicherung

**Rentner:**

letzter Rentenbescheid

ggf. Bescheide über Betriebsrente

**Studenten:**

Immatrikulationsbescheinigung

Bafög-Bescheid, Unterlagen zu Studienkrediten, etc.

**Eltern:**

Elterngeldbescheid

Kindergeldbescheid

Unterlagen zur Höhe und Bezahlung von Unterhalt bei Alleinerziehenden Personen

Bescheide Unterhaltsvorschuss

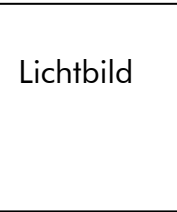
# MERKBLATT - Unterlagen zum Einbürgerungsverfahren

<input checked="" type="checkbox"/> Ausweispapiere (Reisepass, Reiseausweis, Personalausweis, elektronischer Aufenthaltstitel...)	<input checked="" type="checkbox"/> Nachweis über Kranken- und Pflegeversicherungsschutz - erhältlich bei Ihrer Krankenversicherung
<input type="checkbox"/> Staatsangehörigkeitsurkunde, Heimatschein, Bescheinigung des Heimatstaates, Naturalisations-/Einbürgerungsurkunde	<input checked="" type="checkbox"/> aktueller Versicherungsverlauf und Renteninformation DRV (früher: BfA/LVA) - Erhältlich unter Tel.: 07361 9684-0
<input type="checkbox"/> Nachweis über Besitz/Verlust einer früheren Staatsangehörigkeit	<input checked="" type="checkbox"/> Verdienstbescheinigung des Arbeitgebers
<input checked="" type="checkbox"/> Aktuelles Lichtbild	<input checked="" type="checkbox"/> letzte 3 Monatslohnabrechnungen
<input type="checkbox"/> beglaubigte Abschrift/Auszug aus dem Familienbuch	<input type="checkbox"/> Einkommenssteuerbescheide der Jahre .....
<input checked="" type="checkbox"/> Geburtsurkunde - wenn fremdsprachig mit Übersetzung in die deutsche Sprache - ggfs. mit Apostille oder Legalisation	<input type="checkbox"/> Bilanzen mit Gewinn- u. Verlustrechnungen der Jahre:
<input checked="" type="checkbox"/> Heiratsurkunde (jetzige Ehe) - wenn fremdsprachig mit Übersetzung in die deutsche Sprache - ggfs. mit Apostille oder Legalisation	<input type="checkbox"/> Einnahme-Überschuss-Rechnungen der Jahre:
<input type="checkbox"/> Heiratsurkunde (frühere Ehe) - wenn fremdsprachig mit Übersetzung in die deutsche Sprache - ggfs. mit Apostille oder Legalisation	<input type="checkbox"/> Gewerbeanmeldung, Nachweis usw.
<input type="checkbox"/> Geburtsurkunde des Ehegatten - wenn fremdsprachig mit Übersetzung in die deutsche Sprache - ggfs. mit Apostille oder Legalisation	<input type="checkbox"/> Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsversicherung
<input checked="" type="checkbox"/> Geburtsurkunden der Kinder - wenn fremdsprachig mit Übersetzung in die deutsche Sprache - ggfs. mit Apostille oder Legalisation	<input type="checkbox"/> Nachweis der Alterssicherung
<input type="checkbox"/> Sterbeurkunde des Ehegatten - wenn fremdsprachig mit Übersetzung in die deutsche Sprache - ggfs. mit Apostille oder Legalisation	<input type="checkbox"/> Rentenbescheide der Jahre:
<input type="checkbox"/> Bescheinigung über die Namensführung/Namensänderung	<input type="checkbox"/> Nachweise über Ausbildungsbeihilfen (z. B. BaföG)
<input type="checkbox"/> Registrierschein/Aufnahmebescheid Vertriebenenausweis/Spätaussiedlerbescheinigung	<input type="checkbox"/> Kindergeldbescheid
<input type="checkbox"/> Nachweis der Staatsangehörigkeit des Ehegatten (Reisepass oder Personalausweis)	<input type="checkbox"/> Elterngeldbescheid
<input type="checkbox"/> Nachweis über das Personensorgerecht oder Bestellung als Vormund	<input type="checkbox"/> Unterhaltsvorschussbescheid
<input checked="" type="checkbox"/> Scheidungsurteil(e) (nur Tenor und ggf. Entscheidung über elterliches Sorgerecht und Unterhaltsverpflichtungen)	<input type="checkbox"/> Bescheid Kinderzuschlag
<input type="checkbox"/> gerichtliche oder andere Entscheidung über das elterliche Sorgerecht	<input type="checkbox"/> Wohngeldbescheid
<input type="checkbox"/> gerichtliche oder behördliche Entscheidung über die Annahme als Kind	<input type="checkbox"/> Nachweis über die Höhe von Unterhaltsverpflichtungen und Bezahlung gegenüber Kindern, früheren Ehegatten, Eltern etc.
<input type="checkbox"/> .....	<input checked="" type="checkbox"/> Zertifikat Deutsch (B 1) - sofern keine deutsche Schulausbildung abgeschlossen oder mindestens 4 Jahre eine deutsche Schule besucht wurde
<input type="checkbox"/> .....	<input checked="" type="checkbox"/> Einbürgerungstest - Test „Leben in Deutschland“ - sofern keine deutsche Schulausbildung abgeschlossen wurde
<input type="checkbox"/> .....	<input checked="" type="checkbox"/> Zertifikat erfolgreich bestandener Integrationskurs
<input type="checkbox"/> .....	<input checked="" type="checkbox"/> Mietvertrag oder Kaufvertrag von Wohnung/Haus
<input type="checkbox"/> .....	<input type="checkbox"/> Kontoauszug des letzten Monats (.....)
<input type="checkbox"/> .....	<input type="checkbox"/> Zeugnisse und andere Nachweise des Besuchs von Ausbildungsstätten sämtliche Schulzeugnisse mit Abschluss (Halbjahresinformation) - auch der Kinder falls schulpflichtig
<input type="checkbox"/> .....	<input type="checkbox"/> Stellungnahme Kindertagesstätte zur Entwicklung der Kenntnisse der deutschen Sprache des Kindes
<input type="checkbox"/> .....	<input type="checkbox"/> aktuelle Schulbescheinigung der Kinder
<input type="checkbox"/> .....	<input type="checkbox"/> Ausbildungsvertrag
<input type="checkbox"/> .....	<input type="checkbox"/> Immatrikulationsbescheinigung/Studienbescheinigung
<input type="checkbox"/> .....	<input type="checkbox"/> Abschlusszeugnisse Berufsausbildung (Berufsschule+Gesellenbrief/Abschluss IHK/HWK etc.)
<input type="checkbox"/> .....	<input type="checkbox"/> Berechtigung zum Führen eines akademischen Grades

- Sicherheit und Ordnung -  
Az.: VII/70-102.141



OSTALBKREIS



Eingang:

AZ:

## ANTRAG AUF EINBÜRGERUNG

### Datenschutzrechtlicher Hinweis:

Die Einbürgerungsbehörde darf zur Ausführung dieses Gesetzes personenbezogene Daten erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist (§ 31 Staatsangehörigkeitsgesetz). Die erhobenen Daten werden elektronisch gespeichert und verarbeitet. Die nachstehenden Angaben werden zur Bearbeitung Ihres Antrages benötigt. Sie sind nicht verpflichtet, Angaben zu machen. Eine sachgerechte Bearbeitung ist jedoch nur möglich, wenn die erforderlichen Angaben gemacht werden.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Text nur die männliche Form verwendet, umfasst jedoch weibliche und männliche Personen in gleicher Weise.

### 1. Personalien des Einbürgerungsbewerbers:

Familienname, Vorname		Ggf. Geburtsname/frühere Namen		
Geschlecht: <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> W <input type="checkbox"/> D				
Vollständige Anschrift				
Geburtsdatum		Geburtsort, Kreis/Land		
Staatsangehörigkeit(en)		Nachweis (z.B. Reisepass)	Ausstellungsdatum	Ablaufdatum
Ausstellungsbehörde				
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> in eingetragener Lebenspartnerschaft <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> getrennt lebend				
seit:				
Ggf. Ort der Eheschließung/des Partnerschaftsvertrages				
Religionszugehörigkeit				
Telefon		E-Mail		

### 2. Ehegatte

Familienname, Vorname		Ggf. Geburtsname/frühere Namen	
Geburtsdatum		Geburtsort, Kreis/Land	
Staatsangehörigkeit(en)		Nachweis (z.B. Reisepass)	
Geschlecht: <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> W <input type="checkbox"/> D			
Vollständige Anschrift			

Einbürgerung wird gleichzeitig beantragt:

nein  ja (Einbürgerungsantrag liegt bei)

**Frühere Ehen oder weitere bestehende Ehe**     nein     ja:

Name, Vorname Ehegatte	Bestand der Ehe/ (von - bis)	StA Ehegatte	Auflösungsgrund Gericht	Anzahl Kinder aus Ehe

**3. Kinder**

Name:	Ggf. Geburtsname	Vorname		
Adresse				
Geburtsdatum	Geburtsort	Geburtsland		
Staatsangehörigkeit	<input type="checkbox"/> aus jetziger Ehe <input type="checkbox"/> aus früherer Ehe <input type="checkbox"/> nichtehelich	Geschlecht: <input type="checkbox"/> m <input type="checkbox"/> w <input type="checkbox"/> d	Antrag Einbürgerung: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Passdokument und Gültigkeit:				

Name:	Ggf. Geburtsname	Vorname		
Adresse				
Geburtsdatum	Geburtsort	Geburtsland		
Staatsangehörigkeit	<input type="checkbox"/> aus jetziger Ehe <input type="checkbox"/> aus früherer Ehe <input type="checkbox"/> nichtehelich	Geschlecht: <input type="checkbox"/> m <input type="checkbox"/> w <input type="checkbox"/> d	Antrag Einbürgerung: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Passdokument und Gültigkeit:				

Name:	Ggf. Geburtsname	Vorname		
Adresse				
Geburtsdatum	Geburtsort	Geburtsland		
Staatsangehörigkeit	<input type="checkbox"/> aus jetziger Ehe <input type="checkbox"/> aus früherer Ehe <input type="checkbox"/> nichtehelich	Geschlecht: <input type="checkbox"/> m <input type="checkbox"/> w <input type="checkbox"/> d	Antrag Einbürgerung: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Passdokument und Gültigkeit:				

Name:	Ggf. Geburtsname	Vorname		
Adresse				
Geburtsdatum	Geburtsort	Geburtsland		
Staatsangehörigkeit	<input type="checkbox"/> aus jetziger Ehe <input type="checkbox"/> aus früherer Ehe <input type="checkbox"/> nichtehelich	Geschlecht: <input type="checkbox"/> m <input type="checkbox"/> w <input type="checkbox"/> d	Antrag Einbürgerung: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Passdokument und Gültigkeit:				

Name:	Ggf. Geburtsname	Vorname		
Adresse				
Geburtsdatum	Geburtsort	Geburtsland		
Staatsangehörigkeit	<input type="checkbox"/> aus jetziger Ehe <input type="checkbox"/> aus früherer Ehe <input type="checkbox"/> nichtehelich	Geschlecht: <input type="checkbox"/> m <input type="checkbox"/> w <input type="checkbox"/> d	Antrag Einbürgerung: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	
Passdokument und Gültigkeit:				



4. Eltern des Einbürgerungsbewerbers - zwingend erforderlich -		
	Vater	Mutter
Leiblich	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Wenn nein: Annahme als Kind erfolgt durch		
Datum und Ort der Eheschlie- ßung		
Familienname		
Geburtsname		
Vorname(n)		
Geburtsdatum		
Geburtsort Kreis, Staat		
Staatsangehörig- keit		
Volkszugehörig- keit		
Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)		
Kreis, Staat		
Verstorben/ am	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
	<b>Nur zu beantworten bei minderjährigen Einbürgerungsbewerbern</b>	
Sorgerecht liegt bei		
Sorgerecht be- ruht auf		

5. Status des Einbürgerungsbewerbers	
Staatsangehörigkeit(en) aktuell:	
Erworben durch	<input type="checkbox"/> Geburt/Abstammung <input type="checkbox"/> Adoption <input type="checkbox"/> Einbürgerung <input type="checkbox"/> Sonstiges: .....
Nachweis durch (z.B. Pass, Staatsangehörigkeitsurkunde, Einbürgerungsurkunde etc.)	<input type="checkbox"/> ja: <input type="checkbox"/> nein:
frühere Staatsangehörigkeit(en):	
durch Verlustgrund	<input type="checkbox"/> Adoption <input type="checkbox"/> Einbürgerung <input type="checkbox"/> Entlassungs-/Verzichtsverfahren <input type="checkbox"/> Sonstiges: .....
Nachweis (z.B. Entlassungsurkunde, Bescheinigungen des Heimatstaates)	<input type="checkbox"/> ja: <input type="checkbox"/> nein:
Volkszugehörigkeit:	
Besonderer Status	<input type="checkbox"/> anerkannter Flüchtling <input type="checkbox"/> heimatlose(r) Ausländer <input type="checkbox"/> Asylberechtigter
Nachweise (Reiseausweis, Anerkennungsbescheid etc.)	

6. Aufenthalt des Einbürgerungsbewerbers	Vermerke der Behörde
<input type="checkbox"/> Unbefristetes Aufenthaltsrecht	
<input type="checkbox"/> Freizügigkeitsberechtigt (EU/Schweiz)	
<input type="checkbox"/> Aufenthaltserlaubnis befristet	
Gültig bis : ..... nach § ..... AufenthG	

Aufenthaltszeiten und -orte von Geburt an (Monat/Jahr) - im In- und Ausland -		
Von	Bis	Ort, Kreis, Staat

7. Ausbildung, Beruf (ggf. gesondertes Blatt)			
a) Schulbildung			
von	bis	Schulart, Abschluss	Ort/Staat
b) Berufsausbildung, Studium, Fortbildung, Integrationskurs			
von	bis	Art, Abschluss	Ort/Staat
c) Arbeitsverhältnisse und selbstständige Tätigkeiten (seit Geburt bis heute)			
von	bis	Art	

<b>8. Wirtschaftliche Verhältnisse</b>	
Netto-Einkünfte	..... Euro monatlich
Grundvermögen	
Anderes Vermögen (Sparvermögen etc.)	
Hypotheken, Schulden	
Steuerrückstände	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Umfang: ..... € (belegt durch eine Bescheinigung in Steuersachen - erhältlich bei: Finanzamt.)
Im Schuldnerverzeichnis eingetragen	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Umfang: ..... € <input type="checkbox"/> Privatinsolvenz beantragt
Alterssicherung	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja: <input type="checkbox"/> Deutsche Rentenversicherung <input type="checkbox"/> Private Absicherung (Belege bitte beifügen)
Bezug von Sozialhilfe, Arbeitslosengeld oder sonstige Leistungen (z.B. Alg II)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Art der Leistung: ..... (Bescheid bitte beifügen)  Höhe: ..... € monatlich
Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Personen, die nicht zur Haushaltsgemeinschaft gehören	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Grund: ..... (Bescheid, Urteil, etc. bitte beifügen)  Höhe Unterhalt: ..... € monatlich
Name und Anschrift der Unterhaltsberechtigten	
Unterhaltsrückstände	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Grund: ..... Höhe: ..... €
Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Grund: ..... (Belege bitte beifügen)  Höhe: ..... € monatlich
Unterhaltspflichtige(r) Name, Anschrift	
Bruttoeinkünfte	..... € monatlich

9. Straftaten (im Inland und Ausland)	
<b>Vorstrafen</b>	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:
<b>Angaben über Zeitpunkt, Tatbestand und Strafmaß:</b>	
<b>Anhängige Ermittlungsverfahren</b>	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja:
<b>Angaben über Zeitpunkt, Tatbestand und Strafmaß:</b>	

10. Vermeidung von Mehrstaatigkeit	
<input type="checkbox"/> ja, ich bin bereit, meine bisherige Staatsangehörigkeit aufzugeben und verpflichte mich, nach schriftlicher Zusicherung der Einbürgerung die erforderlichen Schritte zu unternehmen.	
<input type="checkbox"/> nein, ich will meine bisherige Staatsangehörigkeit behalten, weil:	
.....	
.....	
(Für weitergehende Gründe ggf. bitte gesondertes Blatt verwenden.)	
11. Frühere Anträge auf Einbürgerung	
<b>Die Einbürgerung in Deutschland habe ich bereits früher beantragt</b>	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, am .....
	bei .....
	Ausgang: .....

## 12. Begründung des Einbürgerungsantrages

## 13. Auskünfte, Gebühren, Richtigkeit Angaben

Ich bin einverstanden, dass zur Bearbeitung des Antrages die entsprechenden Ausländerakten, auch der Kinder, beigezogen werden.

Mit der Auskunftserteilung durch die für mich zuständigen Leistungsträger nach den Sozialgesetzbüchern, dem Amt für Ausbildungsförderung, der Agentur für Arbeit und das Jugendamt sowie der Finanzbehörden bin ich einverstanden.

Darüber hinaus bin ich einverstanden, dass zur Bearbeitung Auskünfte von Meldebehörden eingeholt werden.

Mir ist bekannt, dass für die Einbürgerung, Ablehnung und Zurücknahme eine Verwaltungsgebühr zu bezahlen ist:

Für Einbürgerungen beträgt diese 255,00 €, für die Miteinbürgerung minderjähriger Kinder ohne eigene Einkünfte 51,00 €.

Ich versichere die Richtigkeit meiner Angaben. Ich habe davon Kenntnis, dass falsche oder unvollständige Angaben zur Ablehnung oder Rücknahme der Einbürgerung führen können und darüber hinaus strafbar nach § 42 StAG sind.

Ich verpflichte mich, Änderungen meiner persönlichen, familiären und wirtschaftlichen Verhältnisse unverzüglich mitzuteilen.

## 14. Datenschutzerklärung

Mit der elektronischen Speicherung meiner hier gemachten Angaben und der eingereichten Formulare und Unterlagen bin ich einverstanden.

Hiermit beantrage ich **meine Einbürgerung**:

.....  
Ort, Datum, Unterschrift(en) Antragsteller/ges. Vertreter/ggf. Betreuer

Ich/Wir beantragen die **Miteinbürgerung folgender Kinder**:

Name, ggf. Geburtsname, Vorname, Geburtsdatum, Adresse der miteinzubürgernden Kinder:

.....  
.....  
.....  
.....  
.....

Ort, Datum, **Unterschriften der gesetzlichen Vertreter** der (mit-)einzubürgernden Kinder:

Mutter: .....

Vater: .....

## 15. Stellungnahme des Einwohnermeldeamtes (Bürgerbüro) Ihres Rathauses

(Bitte unbedingt vor Antragsabgabe einholen!)

### 1. Meldezeiten des Einbürgerungsbewerbers - und seiner Kinder - in dieser Gemeinde:

zugezogen von	gemeldet		weggezogen nach
	von	bis	

Das unter Nr. 1 des vorstehenden Antrags angegebene Ausweispapier wurde eingesehen und dem Einbürgerungsbewerber belassen.

Die Meldeunterlagen und das Ausweispapier

stimmen mit den Angaben des Einbürgerungsbewerbers überein

weichen wie folgt von den Angaben des Einbürgerungsbewerbers ab:

.....  
.....  
.....

Nebenwohnsitz in: .....

seit: .....

Nebenwohnsitz des Ehegatten in: .....

seit: .....

2. Bezüglich einer Einbürgerung bestehen:  keine Bedenken  folgende Bedenken

---

---

---

3. Sonstige Tatsachen, die für die Einbürgerung von Bedeutung sein könnten:

Anlagen:

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum, Unterschrift

## **Unterrichtung über die sicherheitsmäßige Überprüfung im Einbürgerungsverfahren (§ 3 Absatz 4 Landesverfassungsschutzgesetz - LVSG)**

Die Einbürgerung ist ausgeschlossen, wenn tatsächliche Anhaltspunkte dafür sprechen, dass der Ausländer Bestrebungen verfolgt oder unterstützt oder dies in der Vergangenheit getan hat,

- die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder
- den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
- die durch die Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungs-handlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden (§ 11 Satz 1 Nr. 1 des Staatsangehörigkeitsgesetzes [StAG]).

Die Einbürgerung ist auch dann ausgeschlossen, wenn Tatsachen die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass der Ausländer einer Vereinigung angehört oder angehört hat, die den Terrorismus unterstützt, oder er eine derartige Vereinigung unterstützt oder unterstützt hat, oder wenn sich der Ausländer bei der Verfolgung politischer Ziele an Gewalttätigkeiten beteiligt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft oder damit droht (§ 11 Satz 1 Nr. 2 StAG in Verbindung mit § 54 Nr. 5 und 5a des Aufenthaltsgesetzes).

Daher wird bei jeder Einbürgerung eine sicherheitsmäßige Überprüfung aller Antragsteller und Antragstellerinnen durchgeführt, die das 16. Lebensjahr vollendet haben (§ 37 Absatz 2 StAG). Die sicherheitsmäßige Überprüfung erfolgt unter Mitwirkung des Landesamts für Verfassungsschutz. Zu diesem Zweck teilt die Einbürgerungsbehörde dem Landesamt für Verfassungsschutz folgende Personalien mit: Name, Vorname(n), Staatsangehörigkeit(en), Geburtsdatum, -ort und -land, Geschlecht, jetzige und frühere Wohnanschriften der letzten 8 Jahre. Das Landesamt für Verfassungsschutz wertet etwa vorhandenes eigenes Wissen und das Wissen anderer inländischer Sicherheitsbehörden (Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutzbehörden anderer Bundesländer) aus. Weitergehende Ermittlungen werden vom Landesamt für Verfassungsschutz nicht durchgeführt. Wenn das Landesamt für Verfassungsschutz nach der Auswertung feststellt, dass über Sie Erkenntnisse vorhanden sind, die Ihre Einbürgerung ausschließen könnten, teilt das Landesamt für Verfassungsschutz die zugrundeliegenden Erkenntnisse dem Innenministerium Baden-Württemberg mit. Gelangt das Innenministerium



zu der Auffassung, dass die mitgeteilten Erkenntnisse die Ablehnung Ihrer Einbürgerung rechtfertigen, werden Sie von der Einbürgerungsbehörde vor der Ablehnung Ihres Einbürgerungsantrags hierzu angehört.

Sofern dem Landesamt für Verfassungsschutz oder anderen inländischen Sicherheitsbehörden keine Erkenntnisse über Sie vorliegen, werden die von der Einbürgerungsbehörde mitgeteilten Daten nicht gespeichert. Liegen dagegen dem Landesamt für Verfassungsschutz oder einer anderen inländischen Sicherheitsbehörde Erkenntnisse über Sie vor, wird ein Hinweis auf die durchgeführte Überprüfung in das nachrichtendienstliche Informationssystem des Bundes und der Länder (NADIS) sowie in das Datenbanksystem des Landesamts für Verfassungsschutz aufgenommen, damit das Innenministerium unterrichtet werden kann, wenn weitere Erkenntnisse über Sie anfallen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz wird vom Abschluss Ihres Einbürgerungsverfahrens verständigt. Werden dem Landesamt für Verfassungsschutz danach neue Erkenntnisse über Sie bekannt, wird das Innenministerium informiert, sofern diese Erkenntnisse es zulassen, Ihre Einbürgerung zurückzunehmen.

### E r k l ä r u n g

Ich habe die vorstehende Unterrichtung über meine sicherheitsmäßige Überprüfung durch das Landesamt für Verfassungsschutz zur Kenntnis genommen.

Datum:

.....

Unterschrift

.....

Name in Druckbuchstaben

# Merkblatt zur Verfassungstreue und Absage an alle Formen des Extremismus

Sehr geehrte Dame,  
sehr geehrter Herr,

mit der Beantragung Ihrer Einbürgerung streben Sie an, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben. Das deutsche Volk, zu dem Sie dann gehören, hat sich zur Festlegung der gemeinsamen Werte und seiner staatlichen Ordnung eine Verfassung - das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland - gegeben, die über allen anderen Rechtsnormen steht und von allen Deutschen als unverbrüchlich anzuerkennen ist.

- Das Staatsangehörigkeitsgesetz verlangt daher als Voraussetzung für jede Einbürgerung ein Bekenntnis zur **freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes**, deren grundlegende Prinzipien unter **Nummer 1** erläutert sind.
- Weiter müssen Sie erklären, dass Sie keine **extremistischen Bestrebungen verfolgen oder unterstützen**. Sofern Sie das früher getan haben, müssen Sie glaubhaft machen, dass Sie sich inzwischen von derartigen Bestrebungen **abgewandt** haben. Erläuterungen zur so genannten „**Loyalitätserklärung**“ finden Sie unter **Nummer 2**.
- Schließlich müssen Sie vor der Aushändigung der Einbürgerungsurkunde **feierlich erklären, dass Sie das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland achten** und alles unterlassen werden, was ihr schaden könnte. Das **feierliche Bekenntnis** ist unter **Nummer 3** erklärt.

Informationen über das Grundgesetz und die freiheitliche demokratische Grundordnung gehören zu den Kenntnissen über die Rechts- und Gesellschaftsordnung unseres Landes, über die deutsche Staatsangehörige grundsätzlich verfügen sollen. Das Merkblatt fasst die wichtigsten Gesichtspunkte zusammen, die Ihnen gegenwärtig sein sollten, wenn Sie die genannten Erklärungen abgeben.

## 1. Die freiheitliche demokratische Grundordnung

Die im Grundgesetz verankerte freiheitliche demokratische Grundordnung ist die Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. Sie beschreibt eine Staatsform, die keine Gewalt- und Willkürherrschaft kennt; sie ist eine rechtsstaatliche Ordnung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit, die den Schutz der Menschenwürde, der Freiheit und Gleichheit als oberste Ziele anerkennt.

Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen:

### 1.1 Demokratie und Volkssouveränität

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird durch Abstimmungen, allgemeine, unmittelbare, freie, gleiche und geheime Wahlen und durch besondere Organe der Gesetzgebung (Parlamente), der Rechtsprechung (Gerichte) und Verwaltung (Behörden) ausgeübt.

### 1.2 Rechtsstaatlichkeit

Die Parlamente sind an die verfassungsmäßige Ordnung gebunden, Gerichte und Behörden an Recht und Gesetz.

### 1.3 Recht auf eine parlamentarische Opposition

Die in den Parlamenten vertretenen Parteien, die nicht an der Regierung beteiligt sind, stellen die Opposition dar; sie bildet das politische Gegengewicht zur Regierung und hat die Aufgabe, sie zu kontrollieren.

### 1.4 Verantwortlichkeit und Ablösbarkeit der Regierung

Die Regierung ist dem Parlament für ihre Tätigkeit rechenschaftspflichtig und verantwortlich; sie kann durch das Parlament abgelöst werden.

### 1.5 Unabhängigkeit der Gerichte

Die Gerichte sind unabhängig. Sie können von Regierungen oder Parlamenten nicht kontrolliert werden. Die Richterinnen und Richter sind nur dem Gesetz und ihrem Gewissen bei der Rechtsanwendung verpflichtet.

### 1.6 Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft

Gewalt und Willkür sind der freiheitlichen demokratischen Grundordnung fremd. Dort, wo ausnahmsweise Gewalt angewendet werden muss, ist dies durch ausdrückliche gesetzliche Regelungen unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsprinzips angeordnet und staatlichen Organen vorbehalten.

### 1.7 Menschenrechte, wie sie im Grundgesetz und der Verfassung des Landes Baden-Württemberg konkretisiert sind

Die Achtung vor den Menschenrechten ist ein Stützpfiler der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Dazu gehört vor allem das Recht der Persönlichkeit auf Leben und Entfaltung.

## 2. Loyalitätserklärung: Keine Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen

Sie müssen wahrheitsgemäß erklären, dass Sie keine extremistischen Bestrebungen verfolgen oder unterstützen oder dies früher getan haben; andernfalls müssen Sie glaubhaft machen, dass Sie sich von diesen Bestrebungen abgewandt haben.

### 2.1 Schutz vor extremistischen Bestrebungen

Bestrebungen sind politisch bestimmte Verhaltensweisen, die auf ein bestimmtes Ziel, wie etwa die Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, gerichtet sind. Einbürgerungsschädlich ist die Verfolgung oder Unterstützung von Bestrebungen gegen folgende besonders geschützte Rechtsgüter:

- **Freiheitliche demokratische Grundordnung**  
Mit Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind Ziele und Aktivitäten gemeint, die den Kern der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland beschädigen oder die Verfassung insgesamt beseitigen wollen.
- **Bestand des Bundes oder eines Landes**  
Aktivitäten gegen den Bestand des Bundes oder eines Landes liegen dann vor, wenn die staatliche Einheit beseitigt werden oder ein zu ihm gehörendes Gebiet abgetrennt werden soll.
- **Sicherheit des Bundes oder eines Landes**  
Bestrebungen gegen die Sicherheit des Bundes oder eines Landes liegen dann vor, wenn die Funktionsfähigkeit des Bundes oder eines Landes beeinträchtigt werden soll.
- **Schutz der Amtsführung der Verfassungsorgane oder ihrer Mitglieder**  
Bestrebungen, die die Nötigung von Verfassungsorganen, z.B. des Bundespräsidenten, zum Ziel haben, fallen unter die Fallgruppe des Schutzes der Amtsführung der Verfassungsorgane.
- **Gefährdung der auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland**  
Die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland sind berührt, wenn von deutschem Boden zur Durchsetzung religiöser, politischer oder sonstiger Ziele Bestrebungen ausgehen, die gewaltsam die politischen Verhältnisse in einem ausländischen Staat verändern wollen oder die gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind. Dadurch kann das friedliche Zusammenleben der Bundesrepublik mit einem anderen Staat oder das Verhältnis zu dessen Regierung beeinträchtigt werden. Die Gewalt muss nicht in Deutschland stattfinden, es können hier auch „nur“ die entsprechenden Vorbereitungen getroffen werden, um im Ausland gegen Nichtdeutsche gewaltsam vorzugehen. So reicht es aus, wenn eine politische Exilorganisation im Ausland Gewalt anwendet und in Deutschland durch Spenden, organisatorisch oder durch eine länger währende passive Teilnahme an Veranstaltungen unterstützt wird.

### 2.2 Merkmale extremistischer Bestrebungen

Extremistische Bestrebungen finden sich insbesondere in folgenden Erscheinungsformen

- **Extremistische Organisationen von Ausländern**  
Das Spektrum ausländerextremistischer Organisationen in Deutschland umfasst linksextremistische, nationalistische, separatistische und islamistische Bestrebungen. Linksextremisten wollen in ihrem Heimatland die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung beseitigen und sie durch einen sozialistisch-kommunistischen Staat ersetzen. Die ideologischen Grundgedanken der Linksextremisten beruhen auf dem Marxismus-Leninismus sowie teilweise auf dem Maoismus. Nationalisten besitzen ein übersteigertes Nationalgefühl gegenüber anderen Völkern, auf die sie mit Geringschätzung und Verachtung herabsehen und die sie in entsprechender Weise beschimpfen. Für Nationalisten ergibt sich der Wert eines Menschen nur aus der Zugehörigkeit zu der eigenen, angeblich allen anderen Völkern überlegenen Nation. Separatisten streben nach der Loslösung und Unabhängigkeit ihrer Volksgruppe von dem Staat in ihrer Heimat. Islamisten missbrauchen die Religion des Islam gegenüber Angehörigen des eigenen Glaubens und gegenüber Anderen, die sie als „Ungläubige“ bezeichnen (besonders Juden, Christen usw.). Islamisten sind der Ansicht, dass ihr Verständnis des Islam und von Staat und Gesellschaft das allein richtige ist. Islamisten wollen, dass sämtliche Bereiche des Lebens ausnahmslos von den Regeln der islamischen Religion beherrscht werden. Sie verneinen die gesetzlich vorgeschriebene Trennung von Staat und Religion in Deutschland. Manche Islamisten wollen die absolute Vorherrschaft der Religion mit Gewalt und Terror durchsetzen und sind bereit, für die Verwirklichung dieses Ziels Menschen zu töten.
- **Rechtsextremistische Organisationen**  
Rechtsextremisten gehen von einer „biologischen“ Ungleichheit der Menschen aus. Sie teilen Menschen u.a. nach ihrem Aussehen, ihrem Geschlecht, ihrer Sprache, ihrer Herkunft, ihrer Zugehörigkeit zu einem Volk bzw. zu einer „Rasse“ (Hautfarbe) in verschiedene Gruppen ein. Diesen Gruppen sprechen Rechtsextremisten unterschiedliche Wertigkeiten zu und verneinen die für alle Menschen gültigen Menschenrechte. Besonders charakteristisch für Rechtsextremisten sind:
  - Übersteigertes Nationalismus gegenüber anderen Staaten und Völkern.
  - Feindlichkeit bis hin zu Hass gegenüber Ausländern und Minderheiten.
  - Judenfeindlichkeit (Antisemitismus).

- Das Fehlen von Toleranz gegenüber Fremden oder Andersdenkenden, was in Hass und Gewalt gegen andere Menschen umschlagen kann.
- Anstelle der freiheitlichen Demokratie in Deutschland wollen Rechtsextremisten die Diktatur einiger weniger Personen oder eines „Führers“ errichten.

- **Linksextremistische Organisationen**

Linksextremisten versuchen, eine klassenlose Gesellschaft zu errichten, in der es in Wirtschaft und Industrie keinen Privatbesitz mehr gibt. Kommunisten und manche Sozialisten streben die Machtübernahme der „Arbeiterklasse“ im Staat an, indem sie andere „Klassen“ der Gesellschaft bekämpfen und unterdrücken. Die Übernahme der Macht wollen Kommunisten in der Regel durch einen gewalttätigen Aufstand (Revolution) erzwingen. Anarchisten lehnen im Unterschied zu Kommunisten jede feste Form der Macht, d. h. staatliche Strukturen, ab. Autonome wollen „herrschaftsfreie Räume“ schaffen. Den Staat und seine Vertreter wollen sie mit Gewalt zerschlagen bzw. bekämpfen.

### **2.3 Verfolgung oder Unterstützung von extremistischen Bestrebungen**

Unterstützung oder Verfolgung von extremistischen Bestrebungen ist auf vielfältige Weise möglich. Grundsätzlich gehört jede Aktivität dazu, die für die Bestrebung und ihre Ziele objektiv nützlich ist. Danach kommen insbesondere in Betracht:

- Funktionärstätigkeit in einer Organisation, die extremistische Bestrebungen verfolgt oder die von einer Organisation gesteuert wird, die entsprechende Bestrebungen verfolgt,
- aktive Mitgliedschaft in einer Organisation, die entsprechende Bestrebungen verfolgt;
- eigene extremistische Handlungen außerhalb von solchen Organisationen.

Unter einer „Organisation“ ist jeder Personenzusammenschluss zu verstehen. Es muss sich weder um einen Verein im Rechtssinne, noch um förmliche Mitgliedschaften handeln. Auch ein religiöser Zusammenschluss (z.B. Moschee-„Verein“) kann eine Organisation darstellen. „Eigene Handlungen“ können z.B. die Teilnahme an Demonstrationen oder Spenden (auch Spendensammlungen) zugunsten der genannten Organisationen darstellen.

### **2.4 Abwendung von einer früheren Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen**

Eine Abwendung liegt vor, wenn frühere Bestrebungen nicht mehr verfolgt werden. Es muss glaubhaft gemacht werden, dass dies auf einer Änderung der inneren Einstellung beruht. Die Abwendung setzt daher zunächst voraus, dass die Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen eingeräumt und nicht bestritten werden. Des Weiteren ist ein individueller Lernprozess darzutun, der dem Verzicht auf frühere Bestrebungen vorauszugehen hat. Der bloße Austritt aus einem Verein reicht in der Regel nicht aus, insbesondere dann nicht, wenn er in einem zeitlichen Zusammenhang mit dem Einbürgerungsbegehren steht.

### **2.5 Unterzeichnung der Loyalitätserklärung**

- Sofern Sie keine extremistischen Bestrebungen verfolgen oder unterstützen oder verfolgt oder unterstützt haben, unterzeichnen Sie bitte die **Loyalitätserklärung I**.
- Haben Sie extremistischen Bestrebungen früher verfolgt oder unterstützt, sich inzwischen aber abgewendet, machen Sie hierzu bitte entsprechende Angaben, aus denen Ihre Abwendung ersichtlich wird und unterzeichnen Sie bitte die **Loyalitätserklärung II**.
- Sind Sie im Zweifel, ob bestimmte Aktivitäten, die Sie verfolgen oder unterstützen oder verfolgt oder unterstützt haben, als Verfolgung oder Unterstützung extremistischer Bestrebungen anzusehen sind, sprechen Sie dies bitte ebenfalls an.

Bitte bemühen Sie sich im eigenen Interesse um eine sorgfältige und wahrheitsgemäße Abgabe der erforderlichen Erklärung. Vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben führen zu einer Ablehnung Ihres Antrags; bei bereits vollzogenen Einbürgerungen wird die Rücknahme geprüft. Außerdem sind vorsätzlich unrichtige oder unvollständige Angaben mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bedroht.

### **3. Feierliches Bekenntnis**

Vor Aushändigung der Einbürgerungsurkunde muss regelmäßig das folgende feierliche Bekenntnis abgegeben werden:

„Ich erkläre feierlich, dass ich das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland achten und alles unterlassen werde, was ihr schaden könnte.“

Dieses in die Zukunft gerichtete Versprechen setzt voraus, dass Sie sich der Bedeutung und Tragweite des feierlichen Bekenntnisses bewusst sind; auch dem will dieses Merkblatt dienen.

## ARBEITS- UND VERDIENSTBESCHEINIGUNG

Name: .....

Vorname: .....

Geburtstag / -ort: .....

Adresse: .....

.....

ist bei uns beschäftigt seit .....

als .....

Probezeit:  Nein

Ja, bis .....

Das Arbeitsverhältnis besteht  unbefristet  ungekündigt

befristet bis/gekündigt auf .....

Krankenversichert bei: .....

Rentenversicherungsträger: .....

Betriebsnummer des Arbeitgebers: .....

monatlicher Verdienst (letzter Verdienst):

brutto: ..... €      netto: ..... €

.....  
Ort, Datum

.....  
Firmenstempel und Unterschrift